



Oktober 2/2011
Einzelpreis 4 Euro

Rundschau

der Evangelischen Arbeitnehmer

Haie in Europa!



BVEA Thema Europa

Inhalt



Zum Geleit

Europa - Gegenwart-Zukunft - oder schon Vergangenheit?

Bernhard Dausend

3

„Wie kann ein Mensch gerecht sein vor Gott?“

Dr. Christian Homrichhausen

4

Matthias Gehlhar †

Nachruf von Werner Künkler und Dr. Christian Homrichhausen

5



Titel: Engagement für ein soziales Europa

Siegfried Aulich, Sozialsekretär

6

Titel: Börsenkapitalismus Pur

Dr. Gerhard Kühlewind

7

Der Arbeitsmarkt bleibt geteilt

Werner Künkler

10

Auf dem Hartz - Weg

Reinhard Ziegler, Essen

10



Niedriglohn führt zu Altersarmut

Wilfried Goebels, Düsseldorf

11

Arbeitsmarkt im Wandel -

BVEA fordert Mindestlohn 10 Euro

Bernhard Dausend

12

Krötenwanderung

Auf zu ethischen Banken

Theresa Schneider, attac

13

Sozialwahl 2011 -

Die Versicherten haben gewählt!

Michael Foitlinski

14



Die Weisheit des Alters

Oder wie Norbert Blüm konservative Werte neu entdeckt.

Holger Schönebeck

16



BVEA: Kirchentag in Dresden

17

BVEA in eigener Sache und Termine

17

EKD zur Finanz- und Schuldenkrise

EKD Presse Mawick/Schneider

18

Was spricht für den Euro...

Friedel Hoffmann

19

aus unseren Landesverbänden...

20



Zu guter Letzt

24

Europa Gegenwart - Zukunft - oder schon Vergangenheit?

**Liebe Schwestern und Brüder,
die Vorstandswahlen liegen schon ein halbes Jahr zurück.
In dieser Zeit hat sich einiges in unserem BVEA e.V. und in
der Welt getan.**

Die größte Herausforderung dürfte in dem unerwarteten allzu frühen Tod unseres Vorstandskollegen Matthias Gehlhar liegen. Dazu wird gesondert berichtet.

Dankenswerterweise haben sich Elke Lartz (Layout) und Hans-Joachim Bielecki (Chefredaktion) bereit erklärt, künftig die Gestaltung und Organisation der Rundschau zu übernehmen. Damit ist die Weiterführung gesichert. Auch wird Elke Lartz weiterhin die Internetseite des BVEA e.V. betreuen.

Der neue Vorstand hat sich nach der Konstituierung in einer 1. Vorstandssitzung intensiv mit der Aufgabenverteilung und Organisation der Vorstandsarbeit befasst. Dazu kommt die Mitarbeit im Dachverband Kirche-Wirtschaft- und Arbeitswelt. Gemeinsam haben wir uns mit einem Vorschlag des Bundesgeschäftsführers Axel Brassler zur Haushaltsgestaltung beschäftigt. Die aufgetretenen Fragen konnten in einer Sitzung in Hannover, an der unsere beiden VKWA-Vorstandsmitglieder Bernhard Dausend und Wolfgang Heinze teilgenommen haben, ausführlich besprochen werden.

Die Sozialwahlen sind abgeschlossen. Dazu wird unser Vorstandsmitglied Michael Foitlinski in einem gesonderten Artikel berichten.

Zu den internen Aufgaben und Problemen des neuen Vorstands kommt die allgemeine wirtschaftliche Lage in Europa und der Welt.

Während in den Medien zunächst ständig davon die Rede

war, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise überwunden sei, hat uns die Realität nun eingeholt. Heute wird fast täglich von neuen Schulden- und Finanzproblemen in Europa berichtet. Rettungsschirme und Sparpakete sind schon für viele europäischen Bürger zur Normalität geworden. Während viele Unternehmen immer noch teilweise hohe Gewinne bekanntgeben, fragt sich der Bürger, wie wir diese Schuldenlasten begleichen und gleichzeitig auch unseren Kindern und Enkeln ein vertretbares Erbe hinterlassen können.

Immer mehr Staaten geraten in diesen Strudel hinein, Griechenland, Spanien und Italien sind erst der Anfang. Auch Deutschland hat einen hohen Schuldenstand, wird aber immer mehr zur finanziellen Stützung des Euros herangezogen.

Noch können wir es uns leisten, aber wie lange noch? Trotz eines langsamen aber stetigen wirtschaftlichen Aufschwungs berichten die Medien verstärkt von Firmen, die an diesem Aufschwung nicht teilhaben können. Beispiele hierfür sind Rüstungsfirmen, wie die EADS, oder ganz aktuell Energiekonzerne, wie EON, die von Kurzarbeit, Arbeitsplatzabbau und Standortschließungen berichten.

Wieder einmal müssen die Arbeitnehmer die Zeche bezahlen.



Die eigentlichen Verursacher der Wirtschafts- und Finanzkrise haben nichts dazu gelernt, ihre Fehler wurden von den Regierungen reguliert. Die Bonifizierungen sind trotz hoher Verluste gesichert. Würde man die Verursacher zur Verantwortung und damit zur Kasse bitten, würde auch auf dieser Ebene ein Umdenken erfolgen.

Die Art der Arbeitsplätze hat sich verändert, darüber kann auch die monatliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit nichts ändern. Aus festen Stammarbeitsplätzen wurden zunächst einmal Leiharbeitsplätze, befristete Arbeitsplätze und weitere Formen der prekären Beschäftigung. Viele Familien können von einem Einkommen alleine nicht leben, da helfen nur noch ein Zusatzjob auf geringfügiger Basis oder staatliche Zuschüsse.

Fachkräfte fehlen uns, die demographische Entwicklung bedroht unsere Wirtschaft, wenn wir uns nicht die notwendigen Ressourcen aus dem Ausland holen.

Ist dem wirklich so, oder will man uns wieder einmal etwas vormachen? Immerhin sind viele Jugendliche immer noch ohne Ausbildung, oder bekommen keine Lehrstelle in ihrem Traumjob. Arbeitgeber beklagen, es gibt zu wenig ausbildungsfähige Schulabgänger. Wir bieten unseren Kindern und Jugendlichen ein Bildungssystem, dass keine gerechte und gleiche Chance für alle bietet.

Wir sollten uns mit diesen Grundfragen beschäftigen. Wir haben genügend Intelligenz und Potential in unserem Land, nur müssen wir endlich lernen, diesen Schatz auch einzusetzen. Neben Ingenieuren und Technikern benötigen wir auch Handwerker in unserem Wirtschaftssystem.

Fordern wir die in Deutschland beheimateten Firmen auf, ihre Anforderungen an künftige Arbeitskräfte, reell zu benennen, dann richten wir unser Bildungssystem daran aus.

Wir brauchen ein Schulsystem, das den Anforderungen in allen Punkten gerecht wird - Ganztagsbetreuung (nach Bedarf), angepasste Bildungspläne und genügend qualifizierte Lehrkräfte.

Dann wird mir auch nicht bange, wenn ich an die Zukunft Europas denke. Deutschland hat immer wieder bewiesen, Herausforderungen annehmen und bewältigen zu können. Dazu müssen Wirtschaft, Politik und Kirche Hand in Hand, gleichberechtigt und ohne Tabus, miteinander reden und handeln.

*Mit christlichem Gruß und Glauben
Euer Bernhard Dausend*



Ein erfolgreiches Vorbild wird zum gläubigen Realisten.

Wie kann ein Mensch gerecht sein vor Gott? (Hiob 4,17)

der Gebete. Eliphaz und Hiob, hatten die Frage: „Wie kann ein Mensch gerecht sein vor Gott?“, in einer ihn überraschend ereilenden Vision gehört. Dieser Gott war für Eliphaz, seine Freunde und Hiob Schöpfer und Garant des menschlichen Schicksals, mit dem Hiob haderte. Nichts hatte Hiob sich zu Schulden kommen lassen. Seinen sozialen Verpflichtungen war er nachgekommen und hatte mehr getan als erforderlich war und dennoch hatte er seinen

Besitz, seine Kinder und schließlich seine Gesundheit verloren. Er empfand es als ungerecht, dass ihm sein vorbildlicher Lebenswandel in dieser Weise vergolten wurde.

Eliphaz teilte diese Weltsicht mit Hiob und machte ihn nun vorsichtig in seelsorgerlicher Absicht darauf aufmerksam, dass er als Mensch gegenüber Gott nicht auf Gerechtigkeit pochen könne; denn schließlich würden sich die Maßstäbe unterscheiden. Er solle sich an die kultischen Entsühnungsriten halten; denn sie könnten helfen. Da sich Hiob keiner Schuld bewusst war, lehnte er den Rat Eliphaz ab und stürzte in eine suizidale Verzweiflung, in der er sich aber weiterhin an Gott wandte, ihm seine Not klagte und Erlösung von seinen Leiden erflehte. Nun wollte er Erheiterung in seinen letzten Tagen (10, 20). Auch veranlassten ihn die Reden der Freunde sich der guten Zeiten zu erinnern, an seine gesellschaftliche Stellung, seine Familie und sein soziales Engagement. Dies legte er Gott vor und verlangte Anerkennung seiner Verdienste. Krankheit, Frevel, Ungerechtigkeit und Willkür sollten ein Ende haben und die guten Verhältnisse von einst sollten wieder hergestellt wer-

den. Damit aber überschritt Hiob seine Geschöpflichkeit, auf die ihn schon Eliphaz aufmerksam gemacht hatte, so dass Gott selbst ihn in seine Grenzen verweisen musste. Antwortend bereut Hiob und widerruft sein Verlangen (42, 1-6). Er hatte begriffen, dass sein Wunsch nach der Abschaffung von Frevel und Verbrechen, Leid und Ungerechtigkeit ihn nach der Position Gottes greifen ließ, der Herrschaft und Regierung der Welt, die Gott vorbehalten ist. Hiob wurde zu einem gläubigen Realisten. So wie er mit seinen körperlichen Gebrechen zu leben hat, wird es auch Frevel und Ungerechtigkeit weiterhin in der Welt geben.

Die Besinnung Hiobs auf die Geschöpflichkeit des Menschen und auf die Grenzen seines Handelns haben den weisheitlichen Vergeltungsgedanken, die angenommene ausgleichende Harmonie von Tun und Ergehen, relativiert. In einzelnen Zusammenhängen mag eine Korrespondenz aufzeigbar sein, aber um eine seinsmäßig verankerte Beziehung handelt es sich nicht.

Die Unterscheidung zwischen dem Ergehen eines Menschen und seinem Tun ist durch die Reformation vertieft worden. Zum einen ist der Mensch sowohl gerechtfertigt vor Gott als auch Sünder, so dass seine Handlungen sein Leben und seinen Lebensweg nicht endgültig zu bestimmen vermögen. Zum anderen können auch kirchliche Instanzen die Beziehung zwischen Gott und dem einzelnen Menschen nicht ersetzen. Sie können diese begleiten und stützen, indem sie zusprechen, dass Gott sich in Jesus Christus als der erwiesen hat, der nicht den Tod des Sünders will, sondern dass er sich bekehrt und lebt. Die Erfahrung der Erlösung, das Licht am Ende eines Tunnels und die Erfahrung des inneren und äußeren Friedens durch das Wort von Christus muss allerdings jeder persönlich machen.

Dr. Christian Homrichhausen, Präses des BVEA

Ansprüche und Leistungen qualifizieren wir umgangssprachlich als vollkommen und gerecht.

Der Ausspruch: „Mein gutes Recht“, ist geläufig. Ebenso kann man bei besonderen Leistungen mitunter den Ausruf hören: das ist vollkommen. Wir haben gelernt zu unterscheiden zwischen dem Tun eines Menschen und dem Menschen selbst. Die Frage: „Wie kann ein Mensch gerecht sein?“, ist deshalb schockierend, fremd und ungewöhnlich.

Mitmenschen, das Gewissen und Instanzen des Gerichtswesens können prüfen, urteilen und reagieren. Ein Gott im neuzeitlichen, metaphysisch-philosophischen Sinn geht eine solche Verhaltensweise ab. Für manche wirft er mit den Worten von W. Weischedel die Frage nach dem letzten Grund alles Seienden auf. Er kann als das Von-Woher unserer Fraglichkeit und unser eigenes Fragen bezeichnet werden, aber er ist selbst sprachlos und letztlich unansprechbar. Als der Spruch im 5./4. Jahrhundert v. Chr. geschrieben wurde, war die Welt für die Menschen voller Götter. Sie bezeichneten die Wirklichkeit der Naturkräfte, gesellschaftliche Mächte (z. B. Krieg und Frieden) sowie menschliche Werte (z. B. Gerechtigkeit, Liebe). Diese Götter konnten auf die Menschen eindringen und sie auch überwältigen. Ebenso waren sie Adressaten

Das Licht am Ende des Tunnels

Nachruf Matthias Gehlhar

* 21. Juni 1955 † 13. Juni 2011

Unerwartet ist ein reiches Leben viel zu früh zu Ende gegangen.

Mit großer Trauer und Betroffenheit mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass unser langjähriger Bundesgeschäftsführer des BVEA und Bundesvorstand, Matthias Gehlhar, plötzlich und unerwartet am Pfingstmontag, dem 13. Juni 2011 im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Matthias war einer unserer aktivsten Mitstreiter für die Belange des BVEA und der Arbeitnehmer. Seine Fachkompetenz war in unserem Verband eine solide und gute Handlungsgrundlage. Er war beruflich und ehrenamtlich seit dem Jahre 1990 in unserem Bundesverband tätig. Er brachte einzigartige Voraussetzungen mit.

1955 in Köln geboren, wurde er 1961 in der Schule an der Waldlehne, Essen-Margarethenhöhe, eingeschult. Bei den Pfadfindern St. Georg (DPSG) Essen-Margarethenhöhe hatte er seine Kinder- und ersten Jugendjahre verbracht. Nach seinem Schulabschluss nahm er die Ausbildung zum Industriekaufmann bei der Friedrich Krupp GmbH, Reederei und Brennstoffhandel in Essen 1972 – 1975 auf. Daran schloss sich das Fachabitur an der Fachoberschule Wirtschaft 1977 an. Nach seiner Bundeswehrzeit in Buxtehude 1978 schloss er 1982 sein Studium der Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Marketing, mit dem Diplom eines Betriebswirts ab. Seine erste journalistische Tätigkeit nahm er 1983 im Wirtschaftsverlag „Presseverlag Plötz“ (Berlin) als Rechercheur und PR auf.

1984 unternahm er eine 1-jährige Forschungs- und Informationsreise u.a. durch Asien und Neuseeland, finanzierte sie teilweise durch seine Journalistiktätigkeit. Als Produktionsassistent der „Mediaagentur Krebs“ in Bremen hatte er sich in die Filmproduktion eingearbeitet. Nebenbei drehte er Videofilme mit witzigen Pointen für den „Offenen Kanal Berlin“ und Werbefilme. Ende 1988 war er Leiter der Werbeabteilung bei der Freiherr von Künßberg GmbH in Harlachhammer (Oberpfalz).

Als der Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmer 1989 einen wissenschaftlichen Mitarbeiter suchte, war Matthias zur Stelle.

1993-94 war er stellv. Bundesgeschäftsführer, 1995 übernahm er die Arbeit des Hauptgeschäftsführers Gerd Helmers.

Er hat während dieser hauptamtlichen Zeit wesentlich die Arbeit und Strukturen unseres Bundesverbandes in jeder Weise positiv mitgeprägt. Er führte die Geschäftsstelle in der Auguststraße in Berlin, pflegte die Kontakte zu den Mitgliedsverbänden, regte an und wirkte auf die Fusion von BEA und VEA hin.

Vorstandssitzungen und Delegiertenversammlungen bereitete er vor, begleitete sie, war zuständig für Politische Erklärungen, die Außenvertretung zur Politik in Berlin, pflegte Kontakte zu Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, zu Gewerkschaften u.v.m.. Er erneuerte die BVEA Rundschau, 1998 schuf er die Internetpräsentation des BVEA und führte die Redaktionskonferenzen der „BVEA Rundschau“ souverän. Zeitweise war er gleichzeitig auch Vorstandsvorsitzender des BVEA. Immer trat er mit Begeisterung für die Sozialwahlen ein.

Die Auflösung der Geschäftsstelle zum 1. Januar 2007 war für ihn bitter. Mit dem Rückzug der Evangelischen Kirche aus der ehrenamtlichen Arbeitnehmerarbeit, und der damit verbundenen Sperrung der notwendigen Finanzhilfen, verloren Matthias Gehlhar und seine Mitarbeiter/innen ihre Arbeitsplätze. Dennoch kehrte er der Evangelischen Arbeitnehmerarbeit nicht den Rücken. Als überzeugter Christ und sozialpolitisch engagierter Mensch arbeitete er seit 2007 ehrenamtlich in unserem Bundesverband, und als Vorstandsmitglied der ACA (Arbeitsgemeinschaft christlicher Arbeitnehmerorganisationen Deutschlands) zum Wohle unseres Verbandes und seiner Mitglieder weiter. In ganz besonderem Maße begleitete und prägte er unsere Rundschau weiterhin, - das Organ und Sprachrohr unseres Verbandes.



Aktiv betreute er die Sozialwahlen 2011. Unseren Erfolg bei dieser Wahl verdanken wir ganz wesentlich ihm. Seine ehrenamtlichen Tätigkeiten, zu denen die Rentenberatung für die Deutsche Rentenversicherung Bund, seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter im Sozialgericht u. Arbeitsgericht und in der Widerspruchsstelle gehörten, füllten sein Leben aus.

Er war Vorstandsmitglied der ACA für den BVEA, Mitglied im Geschichtsverein zur Erforschung der evangelischen Industrie- und Sozialarbeit e.V., und wurde aktives Vorstandsmitglied der Evangelischen Arbeitnehmerschaft Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V..

Wir haben das Vertrauen, dass trotz seines unerwarteten Todes seine Anregungen, seine Lebendigkeit, sein politisches Geschick und seine Liebe zu den Mitmenschen Früchte tragen werden bei denen, die ihn verstanden, ihn gehört und mit ihm gelebt haben. Seine freundliche und aufrichtige Ausstrahlung bleibt uns gern in guter Erinnerung.

Voller Dankbarkeit blicken wir auf die Zeit mit Matthias Gehlhar zurück. Als einer von uns hat er das Wort aus dem Galaterbrief „Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“ verwirklicht und gelebt. Danke Matthias.

*Werner Künkler und
Dr. Christian Homrichhausen*

Engagement für ein soziales Europa

Handlungsspielraum für Wirtschaftsmächte und Finanzjongleure?

Zahlreiche Gewerkschaftler haben in Luxemburg am 22.6.11 gegen sozialen Kahlschlag in der EU protestiert. Anlass waren die neuesten Vorschläge zur Wirtschaftspolitik über die der Europäische Rat in Kürze entscheiden will.

Einerseits geht es dabei darum, im Finanzsektor vermehrt Aufgaben aus den Nationalstaaten an die EU zu überführen. Andererseits soll im Zuge des „Euro-Plus- Paktes“ beschlossen werden, dass sich die Mitgliedsländer stärker in steuer-, sozial- und haushaltspolitischen Angelegenheiten abstimmen. Das Thema „soziales Europa“ ist ein Bereich, der immer mehr an Bedeutung gewinnt und künftig eine Intensivierung der Aktivitäten erfordert.

Die Politiker, wie auch Parteien und Verbände müssen sich engagiert den Themen Beschäftigung, soziale Sicherheit, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie Gleichstellung von Frauen und Männern widmen. In der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es wichtig, deutlich zu machen, dass Europa nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch ein sozialer Zusammenschluss ist.

Dies haben auch 1000 Delegierte aus 36 Ländern Europas und von 83 gewerkschaftlichen Organisationen deutlich gemacht, die nach Athen gekommen sind. Dort hielten sie vom 16. bis 19. Mai 2011 den 12. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ab. Motto des Kongresses: „Mobilisieren für ein soziales Europa“. Angesichts der schwierigen Lage in Griechenland forderte der Kongress in einer Dringlichkeitsresolution den ECOFIN-Rat auf, dringend seinen politischen Kurs zu ändern: „Griechenland braucht eine Perspektive für Wachstum und Entwicklung und nicht Sparzwang“. Europa sei auf einem Scheideweg, so die Resolution weiter. Der Fall Griechenland zeige, dass der Europäische Rettungsschirm

Verlierer: die Jugend und die „kleinen Leute“

nicht funktioniere, wenn die nationale Budgetkonsolidierungspolitik nicht mit der Wirtschaftspolitik abgestimmt sei. Es ist auch ein neues Finanzsystem notwendig.

Es wird Zeit, dass der monatelange Zickzackkurs der Politiker und der EU ein Ende hat. Die Menschen in Europa können nicht mehr nachvollziehen, dass nach der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Mittelstand, die Jugend und die

„kleinen Leute“ die Verlierer sind.

Das Thema Solidarität gewinnt daher immer mehr an Bedeutung. Dies zeigt sich neu an den Demokratie- und Protestbewegungen rund um das Mittelmeer, die endlich Freiheit und Gerechtigkeit wollen. Und nicht nur die Jugend in Spanien will ernst genommen werden, auch sie und viele andere Protestbewegungen fordern eine andere Politik. Dass Proteste und Engagement etwas bewegen können, haben die Landtagswahlen bei uns in BW gezeigt. Wichtig ist hinzuschauen und mit anderen zu sprechen, sich informieren und diskutieren.

Die Christlichen Arbeitnehmerorganisationen könnten da von ihrer Tradition her sich einbringen. Es gibt viele Beziehungen, Partnerschaften und gemeinsame Veranstaltungen. Im April dieses Jahres gab es ein solches Treffen mit den französischen Evangelischen und Katholische Schwestern und Brüdern in Strasbourg. Dieses Mal ging es um die Situation der Menschen in Europa. Anstoß gab dazu ein kleines Büchlein „Empört Euch“ von Stephane Hessel. Es hat in Frankreich eine Millionenaufage erreicht und Anstöße zu vielen Diskussionen gegeben.

Es ist Engagement wichtiger und notwendiger denn je. Denn wir dürfen Entscheidungen und Entwicklungen nicht nur den Experten und Politikern überlassen. Wir müssen als mündige Bürger und Betroffene unsere Meinung und auch unser Wissen, unsere Erfahrung mit den Entscheidungsträger diskutieren und deutlich machen was uns in Europa wichtig ist.

Darauf müssen wir auch aufmerksam machen. Europa ist nicht nur ein Europa der Wirtschaftsmächte und Finanzjongleure.

Europa muss ein Europa der Menschen und ihrer sozialen Belange sein.

Siegfried Aulich, Sozialsekretär

Börsenkapitalismus Pur

Die Märkte treiben die Politiker vor sich her

„Die schwerste Wirtschafts- und Kapitalmarktkrise seit den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat weltweit den Glauben an die Funktionsweise des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem erschüttert. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die bisherigen Wertmaßstäbe und Wirtschaftsideologien primär durch eine von Gier und Größenwahn geprägte Globalisierung bestimmt werden.

Angesichts der negativen Erfahrungen mit den fatalen Auswirkungen der völlig zerrütteten internationalen Finanzwirtschaft auf die Weltwirtschaft und des immer schnelleren Strukturwandels wird man weltweit nicht mehr ohne neue soziale und ethische Standards in der Gesellschafts-, Sozial- und Finanzpolitik auskommen.“ So lauten die einleitenden Sätze des sozialethischen Positionspapiers des Bundesverbandes Evangelischer Arbeitnehmer (BVEA) aus dem Jahre 2009 mit dem Titel „Arbeit, Gerechtigkeit, Bewahrung Schöpfung – Antworten Evangelischer Arbeitnehmer auf die globale Krise“ (Essen, 2009).

Heute, 2 Jahre später, zeigt sich, dass wir aus der Krise absolut nichts gelernt haben. Gier und Größenwahn sind eher noch größer geworden. Es folgten so gut wie keine politische Konsequenzen in Richtung Kontrolle, Regulierung

oder gar Verbote gewisser Finanzmarktinstrumente. Die Börse, einst als Marktplatz für faire Preise zur Beschaffung des Investitionskapitals gedacht, bleibt weiterhin – trotz aller negativen Erfahrungen der Vergangenheit – weltweiter Tummelplatz von Großspekulanten, die auch vor illegalen Machenschaften nicht zurückschrecken.

Dabei geht es nicht mehr nur um Aktien, sondern auch um Lebensmittel, Rohstoffe, Staatsanleihen, Währungen, und damit um die Existenz von Millio-

nen von Menschen oder gar ganzer Staaten. Häufig werden die Preise manipuliert, ohne die dahinter stehenden Produkte überhaupt zu besitzen. Dem Erfindergeist des „Marktes“ sind dabei keine Grenzen gesetzt. Sogar im HANDELSBLATT (!) konnte man lesen, was ein Manager der Finanzbranche dazu meint: „Nach der Finanzkrise wurde nur so getan, als ob man gelernt habe. In Wahrheit wurde ein zusätzlicher Tisch ins Kasino gestellt“. Nur ein zusätzlicher Tisch? Börsenkapitalismus pur – und dies, wie an 3 Beispielen gezeigt wird - zu Lasten der Schwachen!

Rohstoffe-Spekulation

Die weltweite Spekulation mit Rohstoffen und Lebensmitteln ist zwar kein neuer Tisch im Spielcasino, dennoch ist und bleibt sie ein Skandal allerhöchsten Ausmaßes, weil die Ärmsten der Armen auf unserer Erde darunter leiden. Viele Menschen in Südamerika oder Afrika können sich kaum mehr Mais oder Getreide für ihren täglichen Lebensunterhalt leisten, da die Weltmarktpreise über den „Markt“ so stark gestiegen sind. Hungersnöte in zahlreichen Ländern unserer Erde – die Nahrungsmittellieferungen der internationalen Hilfsorgani-

sationen sind oftmals nicht mehr als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein!

Staatsanleihen-Spekulation

Ein „zusätzlicher Tisch“ ist allerdings die gezielte Spekulation um die Staatsfinanzen einiger EU-Mitgliedsländer. Pro Land gesehen, wären es sogar mehrere Tische! Ob Irland, Portugal oder natürlich Griechenland – im Gerede sind nun auch Italien, Spanien und neuerdings sogar Frankreich -, die Schulden-Krise in den meisten europäischen Ländern bietet geradezu optimale Voraussetzungen z.B. über Gerüchte oder Meldungen



von Rating-Agenturen, dicke Gewinne einzufahren. Banken, Hedge-Fonds oder andere finanzkräftige Institutionen, die vorher möglicherweise weit überdurchschnittliche Zinsgewinne einkassiert haben, stoßen plötzlich ihre Staatsanleihen ab. Ihre Kurse sinken. Die aus dem jeweiligen Staatshaushalt zu bedienende Zinslast steigt noch mehr.

Europäische Rettungsschirme springen ein, aber nur unter der Bedingung, dass gespart wird. Dies ist zwar angesichts der immensen Staatsverschuldung vieler Länder in Europa oder auch in den USA mehr als notwendig, gespart werden kann aber auf mannigfaltige Weise. Es verwundert kaum, dass die Kürzung der Sozialausgaben überall an erster Stelle steht. Auch in diesem Fall sind es also wiederum vor allem die Schwachen der Gesellschaft, die unter der Spekulation um die Staatsfinanzen zu leiden haben. Im übrigen kann man einen Staat auch kaputtsparen.

Von der anderen Notwendigkeit, nämlich zukunftsfrüchtige Investitionen zu fördern, um so die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, hört man dagegen so gut wie nichts. Aus ökonomischer Sicht wäre aber gerade eine Mischung aus Sparen und Investieren das Gebot der Stunde.

Aktien-Spekulation

Im „Aktien-Casino“ wurde seit 2009 zwar kein neuer Tisch aufgestellt, er

Der Euro: Spielgeld für Abzocker



wurde aber wesentlich vergrößert. Vor dem Hintergrund der Schulden-, Finanz- und EURO-Krise wurden die Aktienkurse Mitte des Jahres 2011 mit gezielten Finanztricks (z.B. „Leer-Verkäufe“) in bislang noch nicht bekanntem Ausmaß nach unten geprügelt. Häufig brachen die Kurse innerhalb nur weniger Stunden um bis zu 30 % ein. Der computerbasierte Handel verstärkte die Manipulationen zusätzlich. Der tägliche Wertverlust an den deutschen Börsen war mit 1,9 % im Schnitt 20-mal so hoch wie nach der Lehmann-Pleite. Wiederum

sackten einige Wenige dicke Gewinne ein, den Klein-Anlegern wurde geraten, Ruhe zu

bewahren. Derartig gefährliche Finanzinstrumente, deren Abschaffung die Industriestaaten nach der Krise 2008/2009 nur versprochen hatten, lassen den Schulden-Staaten kaum Chancen, aus ihrer Abwärtsspirale heraus zu kommen: die Märkte treiben jene Politik vor sich her, die ihnen zu viele Freiheiten eingeräumt hat. Möglich, dass sich dieser Kapitalismus zu Tode siegt – und viele Opfer mit sich reißt.“

Zur Gesamtbeurteilung der gegenwärtigen Lage im Spielcasino „globale Finanzmärkte“ habe ich in den Nürnberger Nachrichten vom 08.08.2011 einen treffenden Kommentar gefunden. Er stammt von dem Stellvertretenden Chefredakteur Alexander Jungkunz und trägt den Titel

„Vor dem Abgrund – was entfesselte Finanzmärkte anrichten können“.

Ich gebe ihn hier in fast ungekürzter Form wider, da ich voll und ganz dahinter stehe:

„Wir erleben ein beängstigendes Schauspiel, dem groteskerweises auch die direkt Beteiligten weitgehend ohnmächtig zusehen müssen: Der nicht auszu-

ablaufen wie ein Horrorfilm, ohne große Eingriffs-Möglichkeiten. Die Politik reagiert teils panisch teils abwartend. Und auch die eigentlichen Akteure an den Börsen können, wegen des teils vollautomatisierten Handels, lediglich beobachten und prognostizieren, was da heute und in den kommenden Tagen passieren könnte, auch durch Computerprogramme, die Zigmilliarden vernichten, aber auch Vermögen vermehren. Zu sehen ist also, wohin die weitgehende Entfesselung und Deregulierung dieser Finanzmärkte, wohin der allzu

lange Siegeszug einer neoliberalen Steuersenkungspolitik in den westlichen Industriestaaten führen kann: in den drohenden Zusammenbruch eben jener Volkswirtschaften. Der allzu freie Markt frisst diejenigen, dies ihm den Weg bereitet haben – eine nicht auszuschließende Option.

Blicken wir auf die USA: Erwartungsgemäß wurde ihre Kreditwürdigkeit durch eine jener Rating-Agenturen herabgestuft, die ebenfalls ein Produkt der marktgläubigen Politik sind. Denn sie war es, die Moody's,

Standard&Poors's und Fitch erst jene Macht gab, die nun selbst die bisher stärkste Volkswirtschaft der Welt zittern lässt.

Die Analysten blicken mit dem kalten Blick der Rechner auf die USA: Hoch verschuldet, politisch nahezu gelähmt durch den immer erbitterten Streit zwischen Demokraten und Republikaner-Hardlinern – schlechtere Karten, also schlechtere Noten...

Die politischen Ursachen für diesen ökonomisch bedenklichen Zustand

schließende Kollaps durch die Doppel-Krise der amerikanischen und der europäischen Volkswirtschaft könnte

Amerikas werden mit diesem Markt-Blick naturgemäß ausgeblendet. Man muss sie aber kennen, um die richtigen Schlüsse zu ziehen: Es waren republikanische Präsidenten, die mit ihren Steuersenkungsorgien (Ronald Reagan) und ihren diversen Feldzügen gegen den Terror; gegen den Irak, in Afghanistan (George Busch jr.) Amerika ins Schulden-Desaster führten. Bill Clinton hatte es dazwischen geschafft, den Haushalt auszugleichen – unter anderem auch mit höheren Steuern für Wohlhabende.

Dieses für die nachhaltige Etat-Sanierung ebenso unverzichtbare wie auch angesichts diverser Steuersenkungen und -geschenke durchaus zumutbare Instrument lehnt die fundamentalistische Tea-Party-Bewegung strikt ab. Obama musste sich diesem Aufstand gegen die Vernunft beugen – und wird damit zum Gefangenen, zum Getriebenen. Anstatt die lahme US-Wirtschaft anzukurbeln, muss er nun gegen den Willen seiner Demokraten sogar Einschnitte bei sozial Schwachen durchdrücken. Das dürfte diese Rezession eher noch verschärfen. Genau darauf spekulieren manche Hedgefonds; sie könnten die mischen Gewinner sein, die viel verbrannte Erde hinterlässt, aber auch Reichtum umverteilt und anhäuft. Ein Fonds nimmt bereits gezielt die kriselnden Staaten des Westens ins Visier und setzt auf die „globale säkulare Vermögensverschiebung von Schuldner- zu Gläubiger-nationen“, also etwa von den USA zu China.

Derartig gefährliche Finanzinstrumente, deren Abschaffung die Industriestaaten nach der Krise 2008/2009 nur

versprochen hatten, lassen den Schulden-Staaten kaum Chancen, aus ihrer Abwärtsspirale heraus zu kommen: die Märkte treiben jene Politik vor sich her, die ihnen zu viele Freiheiten eingeräumt hat. Möglich, dass sich dieser Kapitalismus zu Tode siegt – und viele Opfer mit sich reißt.“

Ganz so pessimistisch möchte ich doch nicht schließen.

In Deutschland hat nunmehr sogar der bislang als äußerst zurückhaltend geltende Bundespräsident Christian

Hedgefonds: zynische Gewinner hinterlassen verbrannte Erde

Banken spekulieren weiter

Wulff deutliche Worte gefunden, und kritisiert, dass sich die Regierungen in der Banken- und Schuldenkrise von den globalen Finanzmärkten treiben ließen. Immerhin sind Themen wie z.B. „Finanztransaktionssteuer“, „Vermögens-“ und „Reichen“-Steuer oder auch dauerhafte Verbote von „Leerverkäufen“ inzwischen nicht mehr gänzlich tabu. Ich meine und hoffe, dass in ein paar Jahren das Pendel wieder umschlägt - weg vom „Kapitalismus pur“ hin zu unserer alten „sozialen Marktwirtschaft“.

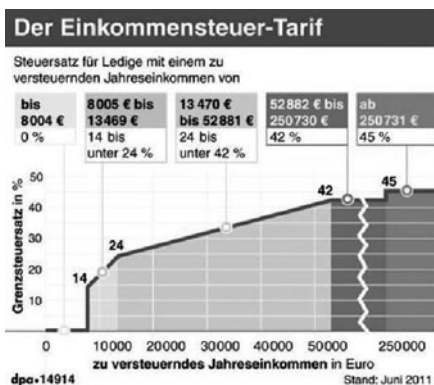
Neue soziale und ethische Standards in der Gesellschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, wie sie im Positionspapier des BVEA genannt sind, dürfen keine Utopie bleiben. Nur so ist der soziale Frieden auf Dauer zu sichern!

Dr. Gerhard Kühlewind

Reiche für Reichensteuer

Nach US-Milliardär Warren Buffet und französischen Millionären fordern jetzt auch deutsche Reiche höhere Steuern. Michael Otto, Ex-Chef des Versandhauses Otto, hätte kein Problem mit einem höheren Spitzensteuersatz. Auch Hörgeräte-Unternehmer Martin Kind ist für eine höhere Steuerbelastung - aber nur, wenn der Staat sich verpflichtet, die Mehreinnahmen zur Schuldentilgung zu verwenden.

Ein paar Prozentpunkte mehr Steuern machen Wohlhabende nicht arm“, meint der Sänger Marius Müller-Westernhagen. Der ehemalige Versicherungsunternehmer Jürgen Hunke aus Hamburg plädiert für die massive Erhöhung der Erbschaftssteuer



Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt bleibt geteilt

Voller Stolz erklärte die Agentur für Arbeit, Nürnberg und das Bundesarbeitsministerium, dass die Anzahl der Arbeitssuchenden und Arbeitslosen endlich wieder die Marke von 3,0 Mio. unterschritten hat - und bei 2,95 Mio. liegt.

Aber hinter den Zahlen - besonders Aderer, die immer noch verzweifelt eine Arbeit suchen - stehen Existenzen und menschliche Schicksale und Familien ohne Zukunftsperspektiven. Vor allem die Langzeitarbeitslosen, die auf den Fluren der Hartz IV-Behörden immer wieder auf einen Job warten und hoffen und dabei zum Teil eine menschenunwürdige Behandlung über sich ergehen lassen müssen.

Wenn sie in der Mehrheit - in unserer Volkes Meinung - als arbeitsunlustig betrachtet werden, nimmt man diesen Menschen die Würde.

Gleichzeitig beklagt der große Teil unserer Industrie und Wirtschaft, dass Fachkräfte in fast allen wichtigen Bereichen fehlen.

Hier nur ganz kurz eine Beschreibung des Mangels in folgenden Berufen: Elektrotechniker, Rohrinstallateure, Schlosser jeder Fachrichtung, Krankenschwestern, Erzieherinnen, Altenpflegerinnen, Ärzte, Ingenieure. Die vorgenannten Mängel, von gut ausgebildeten Kräften machen in der Tat dem produzierenden Gewerbe und dem Gesundheitsbereich schwer zu schaffen.

Jedoch sind diese Zustände schuldhaft verursacht, von einer Industrie und einer Regierung, die sich allzu gerne von nur gewinnorientierten Lobbyisten, ihre zutiefst wirtschaftlichen Fehlentscheidungen ins Stammbuch schreiben lässt. Kaum wird die Frage gestellt: Warum wird nicht mehr ausgebildet?

Sicherlich, Ausbildung bedeutet Investitionen - aber auch in die Zukunft. Es muss deshalb im eigenen Interesse der Wirtschaft liegen, diesem Zukunftsanliegen in jeder Weise nachzukommen.

Die neuen Zahlen belegen jedoch eine

eklatante und weiterhin skandalöse Entwicklung bei der Leiharbeit - ganz zu schweigen von den immer noch nicht eingeführten gesetzlichen Mindestlöhnen.

Auch ein Großteil der gut ausgebildeten Nachwuchskräfte landet je nach betrieblichen Vereinbarungen in der Leiharbeit, weil die Unternehmen dabei ohne große Verpflichtung einer richtigen - und von den Gewerkschaften propagierten - Zusage „zurück zum Job auf Lebenszeit“ umgehen.

Eine Industrie und Wirtschaft muss spätestens schon jetzt sagen können:

„Wie sehen die Arbeitsplätze 2020 aus?“

Eine auch volkswirtschaftlich wichtige Frage.

Dazu gehört an erster Stelle die unbefristete Übernahme der ausgebildeten Auszubildenden.

Wie kontraproduktiv die leider immer noch von der Arbeitsmini-

sterin, Ursula von der Leyen, favorisierte Leiharbeit sich volkswirtschaftlich auch für unsere Sozialsysteme entwickelt, wird auf Druck der Lobbyisten in diesen Bereichen immer wieder mit dem Argument vertuscht, dass die Menschen auch in der Leiharbeit endlich einen Job haben und vielleicht übernommen werden!

Ob nicht nun auch das Arbeitsministeriums zugibt, dass selbst ein Lohn von 10,00 €/Stunde keine sichere und auskömmliche Rente bedeutet.

Man kann den Gewerkschaften nur Mut machen. Jetzt in der Aufschwung-Phase diese - auch für eine gesunde Volkswirtschaft - wichtige Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchzusetzen.

Und den uns Regierenden und ihren Lobbyisten muss in aller Deutlichkeit gesagt werden, dass diejenigen, die in der Vergangenheit und bis jetzt gierige und verantwortungslose „Bänker“ mit Steuermitteln und Bürgschaften zu Lasten der Steuerzahler, unterstützt

haben, jetzt in der Verpflichtung stehen die vorgenannten Anliegen, für eine gesunde Volkswirtschaft und für einen weiterhin funktionierenden Sozialstaat auf den Weg zu bringen.

Werner Künkler

Auf dem Hartz - Weg

Das Konzept, das die vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eingesetzte Kommission unter Leitung von Peter Hartz, seinerzeit VW-Personalvorstand, im Jahre 2002 vorlegte, war mit Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt überschrieben.

Daraus entstanden zwischen 2003 und 2005 die Gesetze zur Reform des Arbeitsmarktes, besser bekannt als Hartz I bis IV. Diese Bezeichnung, die sich nicht nur im Volksmund durchsetzte, wurde zwar den Urhebern peinlich, als Peter Hartz in einem Bestechungsprozess den Gerichtssaal als Vorbesterter verließ, hat aber gerade deswegen Charme.

Warum sollte ein Gesetzeswerk, das die Relativierung des in der Verfassung festgeschriebenen Sozialstaatsgebotes zum Ziel hat, nicht nach einem Gesetzesbrecher benannt sein?

Bei der Bewertung der Hartz-Gesetze ist es unerlässlich, den medial zugewiesenen Meinungs-Mainstream zu verlassen. Diskussions-Schablonen wie „Gut gemeint, aber schlecht gemacht“ laden zum Blinde-Kuh-Spielen ein und sollen den Blick auf die angestrebten und erstaunlich weit gediehenen gesellschaftspolitischen Veränderungen durch das Regelwerk vernebeln.

Die Hartz-Gesetze waren für die Betroffenen niemals gut gemeint. Auch ihre handwerklichen Mängel, entstanden beim hastigen Zusammensetzen, machen eben nur diesen Betroffenen zu schaffen.

Die Gesetze sind Teil einer Gesamtstrategie, die auf das Schröder/Blair-Papier von 1999 zurückgeht. Es formuliert eindeutig das Bekenntnis zum globalen Konkurrenzkampf um die Märkte, der mit „Sozialgedöns“ (Schröder-Sprech)

im Schlepptau nicht offensiv zu führen sein würde. „Die Schwächen der Märkte wurden über-, ihre Stärken unterschätzt“ und „Die Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkte müssen allesamt flexibel sein“ sind Kernsätze, die als Grundlage für die Einführung eines Niedriglohn-Sektors, die Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse, Minijobs und Leiharbeits-Boom dienen. Die letzte Stufe der neuen Gesetze, Hartz IV, stellt den radikalsten Bruch mit dem Geist des Sozialstaates dar. Sozialdemokraten und Grüne haben ihn vollzogen, viele von ihnen heute noch in einflussreichen Positionen. Hinter der inhaltslosen Formel „Fördern und Fordern“ werden Repression, Arbeitszwang und Verlust der Privatsphäre auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Bildungspaket... ein Placebo?

Durch das Bundesverfassungsgericht erzwungene Korrekturen und verabreichte Placebos wie das Bildungspaket für bedürftige Kinder lassen sich durch Umschichtung im System wie das Ausdünnen von Arbeitsförderungsmaßnahmen und den Wegfall des Rentenbeitrages für ALG II-Empfänger finanzieren. Das Monstrum Hartz IV ist trotzdem teuer, ca. 50 Mrd. € im Jahr, auch wenn es nur knapp das Existenzminimum des einzelnen Beziehers deckt. Aber es erfüllt seinen Zweck, Druck auf den Arbeitsmarkt auszuüben. 11 Mrd. € fließen allein in die Subventionierung von Jobs, deren Entgelt den gesetzlichen Regelbedarf nicht deckt. Die Macher und Befürworter der Hartz-Gesetze dürfen jedoch eine positive Bilanz ziehen. Es ist gelungen, den Arbeitsmarkt eines ehemaligen Hochlohn-Landes aufzumischen und eine Abwärtsspirale bei den Löhnen in Gang zu setzen. Da ist es unerheblich, ob die Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im einzelnen angreifbar sein mögen: zwischen 2000 und 2010 Einkommenseinbußen von 22 % im Niedriglohnbereich und 2,5 % bei den

Löhnen allgemein. Entscheidend ist eine unbestreitbare Tendenz: Das Wohlstandsniveau der Bevölkerungsmehrheit sinkt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigt, die sich daraus ergebenden Gewinne bleiben in den Händen einer mächtigen Minderheit. Übergeordnetes Ziel dieser Strategie ist es, alle Marktrisiken im Kapitalismus auf den Schultern von Arbeitnehmern, Kleinunternehmern, Rentnern und Arbeitslosen endzulagern.

Die Hartz-Gesetze – eine Erfolgsgeschichte und Katastrophe zugleich.
Reinhard Ziegler, Essen



Arbeitsmarkt im Wandel

BVEA fordert Mindestlohn 10 Euro



Nicht erst seit der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich die Lage der Arbeitnehmer auf dem deutschen und europäischen Arbeitsmarkt teilweise dramatisch verändert.

Zu Beginn der weltweiten Krise verloren tausende Menschen ihren Arbeitsplatz. In unserem Land betraf dies hauptsächlich prekäre Arbeitsverhältnisse, wie Leiharbeiter, geringfügig Beschäftigte und befristete Arbeitsplätze. Die Stammebelegschaften konnten in vielen Fällen durch langfristige Kurzarbeitsphasen in gemeinsamen Verhandlungen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmervertreterorganisationen gehalten werden. Hier hat die Arbeitnehmerschaft ein sehr hohes Maß an Solidarität bewiesen.

Dort wo Firmen und Arbeitsplätze nicht zu halten waren, bewies das deutsche Solidarsystem seine Daseinsberechtigung. Dies zeigte sich in Auffänggesellschaften, Fortbildungsmaßnahmen und dem sozialen Sicherungsnetz aus ALG I und ALG II.

Zurzeit ist in den Medien und Presseverlautbarungen aus Politik und Wirtschaft ständig davon die Rede, „Deutschland hat die Krise überwunden“, „Es gibt immer weniger Arbeitssuchende“ und „Wir haben einen Fachkräftemangel“. Ist dies aber wirklich so? Haben wir aus der Krise gelernt? Lesen wir in der Tageszeitung von den herausragenden wirtschaftlichen

Ergebnissen einiger Großkonzerne, so finden wir auf der nächsten Seite schon die Ernüchterung: Insolvenz, Betriebschließung, Arbeitsplatzabbau. Während die einen schon wieder Überlegungen anstellen wie Gewinne erhöht werden, trifft die Krise jetzt schon wieder die Bevölkerungsschichten, die es den Multis überhaupt ermöglicht haben, jetzt noch zu existieren. Wurde in den „Krisenzeiten“ nach Unterstützungsmaßnahmen durch die Politik gerufen, so soll sich dieselbige nun wieder lieber um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern. Die Schuldigen an dem Desaster haben jedenfalls nichts dazu gelernt. Es wird schon wieder so scheinheilig und sorglos gehandelt wie vor der Krise. Der Staat hat ja geholfen und wird dies auch künftig tun, er will und muss ja weiter existieren. Aber wer ist der Staat, das sind wir ehrlichen Steuerzahler, die arbeitende Bevölkerung, die Rentner, die mit ihren Steuerzahlungen und ihrer Solidarität erst die Stützung der Wirtschaft teuer bezahlt haben.

Der Arbeitsmarkt, die Arbeitsplätze

und die Arbeitsbedingungen haben sich verändert. Wir brauchen „Fachkräfte“ aus dem Ausland, während gleichzeitig noch viele Jugendliche keinen festen Arbeitsplatz gefunden haben. „Fachkräfte“ sind doch nicht nur Ingenieure und Techniker, nein vielmehr brauchen wir auch einen soliden Stamm an ausgebildeten Handwerkern und Verwaltungsangestellten. Unternehmen beklagen sich darüber, dass Schulabgänger nicht „ausbildungsfähig“ seien. Dabei wäre es doch Aufgabe des Staates und der Wirtschaft, unsere „Zukunft“, die im übrigen auch die Schulden durch die Wirtschaftskrise abtragen muss, durch ein solides Bildungssystem zu Fachkräften zu machen.

Und welche Art von Arbeitsplätzen bieten wir den heutigen Arbeitssuchenden? Ebenso wie vor der Krise wurden zunächst überwiegend wieder die prekären Arbeitsverhältnisse angeboten. Leiharbeitsfirmen schossen wie Pilze aus dem Boden, während die Stammebelegschaften noch in Kurzarbeit waren oder

gar reduziert wurden. Wer einen festen Arbeitsplatz bekam, musste häufig mit einer Befristung leben. Die Wirtschaft „boomte“ und „brumpte“ wieder. Sofort kamen auch wieder die Klagen über die zu hohen Sozialabgaben, Arbeitgeber müssen unbedingt entlastet werden. Gleichzeitig werden Geburtenrückgänge, schwindende Zahlen von Familiengründungen und zu wenig Kaufkraft angeprangert. Doch dies hängt meiner Ansicht nach unverrückbar zusammen. Wer nur einen Leiharbeitsplatz oder einen befristeten Arbeitsplatz hat, kann verantwortungsvoll keine Familie gründen und ernähren. Er muss froh sein, wenn er mit seinem Einkommen nicht „auskommt“ sondern überlebt. Für staatliche Hilfe zu viel, für Existenzgründung zu wenig. Unternehmen bedienen sich solcher Arbeitsplätze gerne, tragen sie doch keine Verantwortung dafür, dass sie ihre Mitarbeiter nicht gerecht bezahlen, vielmehr müssen doch Staat und Bevölkerung dankbar

sein, überhaupt wieder Arbeit zu bekommen. Doch wer jetzt Subventionen

Reichen unsere Arbeitsplätze zum Leben?

für andere beklagt, sollte einmal daran denken, dass diese schlecht bezahlten Arbeitsplätze durch stattliche Zuwendungen unterstützt werden (z.B. Aufstockung durch Hartz IV-Leistungen). Wir finanzieren also auch noch die Gewinne der Unternehmen, während wir selber gleichzeitig sparen müssen. Dabei sprechen sowohl die Bibel, wie auch das Grundgesetz und die bayerische Verfassung von Menschenwürde und gerechter Bezahlung.

So steht in der bayerischen Verfassung in den Artikeln 167 und 168:
Artikel 167: Schutz der Arbeitskraft
1. Die menschliche Arbeitskraft ist als wertvollstes wirtschaftliches Gut gegen Ausbeutung, Betriebsgefahren und sonstige gesundheitliche Gefahren geschützt.

2. Ausbeutung, die gesundheitliche Schäden nach sich zieht, ist als Körperverletzung strafbar.

3. Die Verletzung von Bestimmungen zum Schutz gegen Gefahren und gesundheitliche Schädigung in Betrieben

wird bestraft.

Artikel 168: Arbeitslohn, Recht auf Fürsorge

1. Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt, Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn.

An solchen Aussagen sollten Politik und Wirtschaft gemessen werden. Ein gerechter Lohn (auch ein gesetzlicher Mindestlohn) von dem auch der Arbeitnehmer und seine Familie leben können, ermöglicht auch den Erhalt unserer Sozialsysteme.

Doch mittlerweile erleben wir in Deutschland immer mehr regionale Unterschiede. Es gibt nicht nur ein Ost-Westgefälle, sondern auch ein Nord-Südgefälle in unserer Republik. Während in manchen Bundesländern noch hohe Zahlen an Arbeitssuchenden vorhanden sind, bei fehlendem Arbeitsplatzangebot, ist es in anderen Regionen fast unmöglich Fachkräfte in Form von Handwerkern und Verwaltungsberufen zu bekommen. Doch daran ist nicht etwa ausschließlich die Demografie schuld, vielmehr haben es Politik und Wirtschaft versäumt, in allen Regionen die gleichen Voraussetzungen auch im Verdienstbereich zu schaffen. So konnte es dazu kommen, dass z.B. in den neuen Bundesländern viele junge Menschen abwandern und somit der Nachwuchs fehlt. Aus Sicht der Menschen ist dies mehr als verständlich. Man baut sich eine Familie und Existenz dort auf, wo man auch Zukunftsperspektiven hat.

In meiner Heimatregionen im Raum Ingolstadt (Bayern) haben wir schon Probleme Produktionsspitzen mit Leiharbeitern abzudecken, da es keine Handwerker mehr auf dem Arbeitsmarkt gibt. Dies spüren neben Mitarbeiter suchenden Unternehmen auch die Leiharbeitsfirmen, da diese kaum noch geeignete Mitarbeiter finden. Daher dürfen wir als Arbeitnehmerorganisation nicht nachlassen in unseren Bemühungen, den Arbeitnehmern Gehör zu verschaffen und bei allen Gelegenheiten dafür einzutreten, Gerechtigkeit im Arbeitsmarkt zu erreichen.

Bernhard Dausend

Sozialwahl 2011

Die Versicherten haben gewählt!

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen -ACA-, bestehend aus den Mitgliedsverbänden des Kolpingwerkes, dem Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen -BVEA- und der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung -KAB-, sind als die Interessenvertretung christlicher ArbeitnehmerInnen gemeinsam auf Bundesebene bei der BfA, den Ersatzkassen BEK, u.a., zur Sozialwahl 2011 angetreten.

Die Sozialwahlen 2005 brachten für die christlichen Arbeitnehmerorganisationen ein gutes Ergebnis, denn mit ca. 6 % bei der BfA und knapp 8 % bei der Barmer Ersatzkasse wurde die Fünf-Prozent-Hürde glatt genommen. Der Anteil der christlichen VertreterInnen wurde fast verdoppelt..

Dieses Wahlergebnis war schon seinerzeit ein bedeutender sozialpolitischer Erfolg. Denn damit saßen wiederum christliche VertreterInnen in den Sozialparlamenten.

Es galt, diesen Erfolg für die Sozialwahlen 2011 zu festigen und das Ergebnis zu wiederholen - wenn nicht gar zu übertreffen. Das ist uns weitestgehend gelungen!

Alle Träger der sozialen Sicherung - wie

Renten-, Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherungen werden von Selbstverwaltungsgremien beaufsichtigt und geleitet, die aus den gewählten VertreterInnen der Versicherten und Arbeitgeber bestehen. Hauptorgan der Selbstverwaltung ist die Vollversammlung (z. B. Verwaltungsrat oder Vertreterversammlung) aller gewählten Mitglieder.

Dieses „Versicherungsparlament“ verfügt über erhebliche Mitgestaltungsmöglichkeiten, u.a. Beitragsgestaltung, Geschäftspolitik usw.

Durch Teilnahme an den Sozialwahlen entscheiden die Mitglieder alle 6 Jahre mit, wer in diese Ehrenämter gewählt wird.

Gerade wir Christen haben die Verantwortung, uns auf diesem Feld zu engagieren. Denn christliche Werte haben nicht nur im privaten Bereich sondern auch am Arbeitsplatz Gültigkeit. Es geht darum, öffentlich für unsere christlichen Werte in Politik und Gesellschaft Stellung zu beziehen - insbesondere deshalb, da in der heutigen Zeit Solidarität und Gerechtigkeit mehr und mehr ins Hintertreffen geraten.

Als sehr positiv betrachten wir vorab, dass die Wahlbeteiligung mit rund 31% - gegenüber dem Wahljahr 2005 - konstant geblieben ist. *Michael Foitlinski*

Friedenswahlen - Erfolge mit ACA-Listen

Zu den Besonderheiten der Sozialwahlen zählt die Wahl ohne Wahlhandlung, die so genannte „Friedenswahl“.

Sie kommt immer da zustande, wo die Anzahl der Bewerber/innen aus den verschiedenen Listen die Anzahl der zu wählenden Mitglieder in Verwaltungsräten oder Vertreterversammlungen nicht übersteigt.

„Friedenswahlen“ setzen voraus, dass sich die verschiedenen Listen im Vorfeld einig werden über die Verteilung der Mandate. Sie sparen den Sozialversicherungen dadurch die erheblichen Kosten für die Wahlhandlung. Das ist aber nicht das ausschlaggebende Argument. Vielmehr sind die Versicherten-Vertreter aller Listen der Auffassung, gemeinsam die Interessen aller Versicherten vertreten zu können, und dabei als Liste trotzdem ausreichend und gut vertreten zu sein.

Erfolg mit den ACA-Listen durch Friedenswahlen gab es bei drei großen Berufsgenossenschaften. Über den jeweiligen Link finden Sie die von den Wahlausschüssen festgestellten Ergebnisse mit den Listen der zum 1. Juni 2011 gewählten Männer und Frauen von KAB, Kolping und BVEA.

Wahlergebnisse der „Friedenswahlen“ im Einzelnen finden Sie auf folgenden Webseiten:

-VBG - Verwaltungsbewerkschaft

www.vbg.de/imperia/md/content/produkte/downloads/wahlergebnis.pdf

-BGW - Berufsgenossenschaft Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege

www.bgw-online.de/internet/generator/Inhalt/OnlineInhalt/Statische_20Seiten/Navigation_20links/Selbstverwaltung/Sozialwahlen-2011/Sozialwahlen-2011-Ergebnis.property=pdfDownload.pdf

-BG Bau - Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft

www.bgbau.de/d/pages/wir/oeffentl/bk/pdf-files/bekanntmachung_009.pdf



So wurde gewählt!

Deutsche Rentenversicherung Bund Mandat in der Vertreterversammlung gesichert

Stellvertreter/innen aus der ACA-Liste:

Hubert Albers, Jahrgang 1947, Kolping, Wallenhorst,
Georg Hupfauer, Jahrgang 1954, KAB, Alsdorf,
Elisabeth Spielmann, Jahrgang 1955, Kolping, Emsdetten,
Richard Feichtner, Jahrgang 1946, Kolping, Trier,
Ulrich-Bernhard Maria Kieninger, Jahrgang 1964, Kolping, Mönchengladbach,
Dietwald Wolf, Jahrgang 1944, BVEA, Henningsdorf.

Anmerkung

Auf Platz 3 der Liste hat für den BVEA Matthias Gehlhar, Berlin, kandidiert. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der ACA verstarb jedoch unerwartet am Pfingstmontag. Seine Freunde und Weggefährten trauern um einen engagierten Kämpfer für soziale Gerechtigkeit.

BarmerGEK Wieder zwei Mandate im Verwaltungsrat

Hinweis:

Für die BarmerGEK wurde nach der Fusion zum 01.01.09 erstmals ein Verwaltungsrat gewählt. Der Vergleich nach %-Zahlen bezieht sich auf das Wahlergebnis bei der Barmer Ersatzkasse.

Stellvertretende Verwaltungsratsmitglieder:

Ralph Korschinsky, Jahrgang 1962, KAB, Hallstadt,
Karl-Josef Endres, Jahrgang 1945, Kolping, Kell am See,
Dieter Schaper, Jahr 1938, BVEA, Gelsenkirchen,
Michael Kercher, Jahrgang 1947, KAB, Mutterstadt,
Sabine Brömmer, Jahrgang 1959, Kolping, Coesfeld,
Ludger Harhues, Jahrgang 1955, KAB, Münster.

Anmerkung

Aus der Sozialen Selbstverantwortung scheidet mit dieser Wahl Karl Nothof aus Enkenbach-Alsenborn als Verwaltungsrat bei der BarmerGEK aus..

Techniker Krankenkasse Wieder einen Sitz im Verwaltungsrat

Stellvertreter/innen aus der ACA-Liste:

Hans Gryska, Jahrgang 1940, KAB, Schweinfurt,
Nicole Logemann, Jahrgang 1970, BVEA, Wilhelmshaven,
Werner Trautwein, Jahrgang 1946, BVEA, Berlin,
Jutta Schaad, Jahrgang 1953, Kolping, Offenbach,
Eva-Maria Kurfess-Carpentier, Jahrgang 1955, KAB, Stuttgart.

Anmerkung

Vergleichszahlen zu 2005 liegen nicht vor. Zum 1. Januar 2009 hat die Techniker Krankenkasse mit der IKK-Direkt fusioniert. Die 30 Sitze im Verwaltungsrat teilten sich in Arbeitgeber (15) und Versichertenvertreter/innen (15).

In den neuen Verwaltungsrat wurde für die ACA Jacqueline Röhm (Kolping) berufen. Sie ist mit dieser Wahl ausgeschieden. Ihr Mandat konnte gehalten werden. Die ACA dankt der engagierten „Kolping-Schwester“ für ihren Einsatz - insbesondere im Sozialpolitischen Ausschuss der TK.

DAK - Deutsche Angestelltenkrankenkasse Bewährtes Duo wieder im Verwaltungsrat

Stellvertretende Verwaltungsratsmitglieder:

Michael Foitlinski, Jahrgang 1969, BVEA, Geldern,
Norbert Kötters, Jahrgang 1953, Kolping, Nottuln,
Theodor Heeck, Jahrgang 1954, KAB, Marl,
Ingo Bieliecki, Jahrgang 1955, BVEA, Berlin,
Jürgen Kortus, Jahrgang 1958, Kolping, Niedernhausen,
Franz-Josef Neumann, Jahrgang 1948, KAB, Meiningen..

Anmerkung

Nach der Fusion der DAK mit der Hamburg Münchner HMK zum 1. Januar 2010 war dies die erste Sozialwahl. Vergleich zu 2005 ist nur im Prozentsatz möglich. Für die ACA ist erfreulich, dass bei der DAK der Stimmenanteil gesteigert werden konnte und damit die Fünf-Prozent-Hürde gemeistert worden ist. Beide Mandate im Verwaltungsrat bleiben in bewährten Händen.

KAB, Kolping, BVEA - Liste 5			
8.464.602	2011	2005	Differenz
Stimmen	423.230	528.713	-105.483
29,28 %	5,00 %	6,20 %	- 1,20 %
Mandat(e)	1 (15)	2 (30)	- 1

KAB, Kolping, BVEA - Liste 5			
2.065.564	2011	2005	Differenz
Stimmen	91.732		
31,49 %	4,49 %	7,59 %	- 3,10 %
Mandat(e)	2 (30)	2 (30)	0

KAB, Kolping, BVEA - Liste 5

1.7999.935	2011	2005	Differenz
Stimmen	79.044		
33,26 %	4,43 %		
Mandat(e)	1 (15)	1 (15)	0

KAB, Kolping, BVEA - Liste 5

1.279.925	2011	2005	Differenz
Stimmen	76.640		
28,14 %	6,06 %	5,48%	+ 0,58 %
Mandat(e)	2 (30)	2 (30)	0

Die Weisheit des Alters

Oder wie Norbert Blüm konservative Werte neu entdeckt.

Die Bewertung der Begriffe Arbeit und Kapital als Schwerpunkt seiner heutigen Betrachtungen ist eine andere geworden als noch vor Generationen.

Das Kapital ist wichtiger geworden als die Arbeit.

Es vermehrt sich mittlerweile selbst, ohne die Arbeit, aus deren Wertschöpfung es eigentlich einmal hervorgegangen ist. Arbeit und Geld sind bereits entkoppelte Begriffe, die die Systemstörungen offen zu Tage treten lassen. Störungen, die tief in die Gesellschaft vordringen und frühere Eckpfeiler gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Heimat, Nachbarschaft und Ehe nostalgisch erscheinen lassen.

Hier setzt Blüm den Hebel nun bei der Solidarität an. Es fehlt an Ihr. Es ist kein Platz mehr für das seiner Meinung nach wichtigste Bindeglied einer funktionierenden Gesellschaft. Das Motto der Neoliberalen „Jede Generation sorgt für sich selbst“ ist ihm dabei ein besonderer Dorn im Auge. Es schmerzt ihn sehr festzustellen, daß die Solidarität der Menschen sich gewandelt hat in den Ruf: „Rette sich wer kann!“

Seine „konservative Sehnsucht“ ist verständlich. Sie folgt aus der Erkenntnis, daß Egoismus und Solidarität zwei unversöhnliche Rivalen sind und alte Werte Monumentcharakter in einer globalen Gesellschaft haben.

Schon George Bernhard Shaw erkannte den Sinn des Alten.

Er sagte einmal: „**Tradition ist eine Laterne. Der Dumme hält sich an ihr fest, dem schlauen leuchtet sie den Weg.**“

*Holger Schoenebeck
aus Artikel von Norbert Blüm: www.cicero.de*

Im Alter relativiert sich alles, auch die Sicht der Dinge. So auch dargelegt durch unseren ehemaligen Arbeitsminister Norbert Blüm im Online-Magazin Cicero. Dort stellt er Altes und Neues gegeneinander, Konservatives gegen Neoliberales, "Nein-Sager" gegen "Ja-Sager", Eroberer gegen Verteidiger. Blüm schlägt hier eine Bresche für das Einflechten konservativer Werte in die Beantwortung heutiger Fragen.

Konservative Werte sind entstanden aus Erfahrungen vieler Generationen. Diese Erfahrungen gilt es seiner Meinung zu bewahren. Wobei er erkannt hat, daß bewahren schwerer ist als verändern, insbesondere in einer Welt, in der Dinge verändert werden der Veränderung wegen. Denn nur wer verändert gilt als modern. Denjenigen, der bewahrt, sieht er als altmodisch.

Richtig wichtig!

Das bundesweite Aushängeschild der Evangelischen Arbeitnehmerarbeit ist unsere Rundschau. Wir möchten, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Wir benötigen aber weitere Abonnenten!

Weisen Sie in Ihrem Freundeskreis auf die Informationsmöglichkeit hin, schauen Sie sich im Internet unter:

„www.BVEA.de“

die letzten Ausgaben an, nutzen Sie die Zeitschrift um in Gremien für unsere Ideen zu werben.

**Rundschau Evangelischer Arbeitnehmer
Rödenhof 11, 86633 Neuburg
a.d.Donau
Tel.: 08431 647169**

Die Rundschau Redaktion

IBVEA
Rundschau
Zeitschrift des
Bundesverbandes
Evangelischer
Arbeitnehmerorganisationen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
28. Jahrgang, Heft 2
Oktober 2011

**Titel: Elke Lartz; Layout: Elke Lartz
Fotos: Elke Lartz, EKD, KAB, Bernhard Dausend,
Michael Polacek, Michael Foitlinski, Publik
Forum, ver.di, afa Bayern, Eva-Maria Kramer,
Diakonisches Werk, u.a.**

**Selbstverlag: Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. Abadresse: Rödenhof 11, 86633 Neuburg a.d.Donau, Tel.: 08431 647169
E-Mail: bvea@bvea.de, Internet: www.BVEA.de
Herausgeber: Bernhard Dausend, Neuburg
Mitarbeiter der Redaktion: Hans-Joachim Bielezki, Berlin; Wolfgang Schifner, Bonn; Helmut Faber, Oberhausen; Eva-Maria Kramer, Amelinghausen; Michael Polacek, Essen; Günther Freudenberg, Braunschweig; Dr. Gerhard Kühlewind, Nürnberg, Werner Künkler, Essen. Konto des BVEA: Bank f. Kirche u. Diakonie, Konto-Nr. 1566543016, BLZ 35060190.
Die RUNDSCHAU DER EVANGELISCHEN ARBEITNEHMER erscheint dreimal im Jahr zum Jahresbezugspreis von 10,- Euro; Einzelnummern 4,- Euro zuzügl. Porto. Die Rundschau der Evangelischen Arbeitnehmer dient zur Information der Mitglieder in Vereinen der Evangelischen Arbeitnehmerbewegung (EAB), sowie den Landesverbänden der Evangelischen Arbeitnehmerschaft (afa/EAN) und gleichartigen Einrichtungen. Beiträge mit Namensangaben stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.**

Liebe Leser und liebe Abonnenten unserer Rundschau.

In eigener Sache

Nach dem plötzlichen Tod von Matthias Gehlhar stellte sich die Frage wie das Erscheinen der Rundschau weiterhin gewährleistet werden kann.

Wie im Geleit erwähnt, fanden sich in Elke Lartz und Hans-Joachim Bielecki zwei Mitstreiter, die diese Aufgabe übernahmen. Dennoch stellte sich heraus, dass das Erstellen einer kompletten Ausgabe einen hohen Zeitaufwand erfordert. Wir wollten keine Notausgabe verteilen, so dass es in diesem Jahr zwei normale und eine Sonderausgabe gibt.

Matthias hat sehr viel Koordinierungs- und Redaktionsarbeiten im Hintergrund erledigen können, weil ihm Vorgänge, Personen und Mitarbeiter im BVEA vertraut waren. Er pflegte Kontakte zur Politik, Gewerkschaft, Kirche und vielen anderen Institutionen im Bereich der Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Für die künftigen Ausgaben sind wir jetzt besonders auf die Mitarbeit unserer Landesbezirke und Ortsverbände angewiesen. Artikel und Informationen, Termine und Berichte über Veranstaltungen sind uns daher sehr willkommen

Wir bitten jetzt schon um Beiträge für die nächsten Ausgaben. Für den Jahresanfang ist das Thema „Christen auf einer Wellenlänge“ im Gespräch. Ich möchte mich für das Verständnis der Abonnenten bedanken. Gemeinsam werden wir es schaffen, das „Kind von Matthias“ - „Die Rundschau“ - am Leben zu erhalten und fortzuführen.

Bernhard Dausend

✠ 2011 - Matthias Gehlhar

Herzlichen Dank

Viele Freunde und Weggefährten haben an der Trauerfeier von Matthias Gehlhar persönlich teilnehmen können.

Ihr habt an ihn gedacht.

Allen, die sich in stiller Trauer mit uns verbunden fühlen und Ihre liebevolle Anteilnahme auf so vielfältige Art zum Ausdruck brachten, danken wir von Herzen.

Elke Lartz, Christoph Gehlhar, Thomas Gehlhar und Familie

Kirchentag in Dresden

Der Kirchentag stand unter dem Motto:

„... da wird auch dein Herz sein“.



Bild: Peter Janowski mit Bernhard Dausend

Der BVEA-Bundesvorsitzende Bernhard Dausend unterstützte den kda-Bund bei der Standardarbeit in Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung konnten sehr viele interessante Gespräche mit Persönlichkeiten wie Sigmar Gabriel, Margot Käßmann und Cornelia Coenen-Marx geführt werden.

Gemeinsam befragten wir Kirchentagsbesucher über ihren Alltag. Ergebnis war, dass Arbeit und Beruf die meiste Zeit beanspruchen, die Spiritualität aber auf der Strecke bleibt.

Auch der Wunsch nach mehr Zeit für Freunde und Familie bleibt leider meist nicht realisierbar. Nicht geklärt werden konnte, ob dies an den Menschen oder den Umständen liegt.

Schon der Bundesvorsitzende des VKWA (Evangelischer Verband Kirche-Wirtschaft-Arbeitswelt), Peter Janowski hat in seinem Vorwort zur Buß- und Bettagsbroschüre 2010 erklärt: „Wir beobachten schon seit vielen Jahren, wie sich die Arbeitswelt zum Nachteil der Arbeitnehmenden verändert. Immer weniger Menschen arbeiten immer mehr.“

Am Stand des kda wurde auch das neue Rollup des BVEA vorgestellt. Es zeigt das Logo und die Karte mit den Bundesverbänden.

Bernhard Dausend verteilte Informationsmaterial zum BVEA, zur Sonntag-sallianz und zur Arbeit der Arbeitnehmerorganisationen der EKD allgemein, sowie die jeweiligen Ansprechpartner.

Termine und Seminare aus dem BVEA -Auszüge-

BVEA

afa

Die nächste afa Vollversammlung findet vom 15. – 17. März 2012 in Tutzing statt.

Sie stellt gleichzeitig auch den Rahmen für das 60-jährige Gründungsjubiläum der afa dar.

eag-Bayern

18./19.2011. Jahresabschlussstagung in Beilngries-Paulushofen

ESA Württemberg

Samstag 03.12. ESA Aktuell Weihnachtsfeier „Hirsch“ Grunbach Anf. Dezember 2011 Internetsicherheit

EAB NRW

14.-17. November 2011 Qualitätsmanagement Seminar in Haus Stork Themen für Wochenendseminare

1. Spendengelder Kirchensteuer-wofür werden sie verwendet?
2. Finanzplanung für Senioren
3. Die neue Armut in Deutschland Arbeitslosengeld II
4. 1 Jahr Minderheitsregierung in NRW - Fluch oder Segen?
5. Erneuerbare Energien - Windkraft
6. Die Kinder von Tschernobly in Scharendijke
7. Energieeinsparungen im Haushalt
8. Weltkulturerbe Ruhrgebiet - eine kritische Betrachtung

weitere Termine unter:
www.bvea.de



EKD zur Finanz- und Schuldenkrise

Die Europäische Union (EU) stellt eine Ordnung dar, in der mittlerweile 500 Mio. Bürgerinnen und Bürger gemeinsam in Frieden und Freiheit leben können. Das ist ein hohes Gut. Deshalb tritt die EKD nachdrücklich dafür ein, diese Ordnung als demokratisches Gemeinwesen weiter zu entwickeln und zu unserer Sache zu machen.

Doch hohe Staatsverschuldungen, das Misstrauen an den Finanzmärkten und die Undurchschaubarkeit des Verhaltens ihrer Akteure beunruhigen viele Menschen in unserem Land. Offensichtlich ist bei den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen die Unsicherheit groß. Welche Maßnahmen in der gegenwärtigen Lage in welcher Weise wirken, kann nur vermutet werden; man kann sich nicht auf historische Erfahrungen berufen.

Die Schuldenkrise führt zum Vertrauensverlust für die Gemeinschaftswährung. Dies berührt das Vertrauen der Menschen in die Politik und in die Zukunft der europäischen Integration. Jetzt muss sich bewähren, was unsere Vorfahren mit der Vision des Vereinten Europa im Blick hatten: Die Gemeinschaft der europäischen Völker ist nur dann eine wirkliche Gemeinschaft, wenn

sie über den wechselseitigen Vorteil hinaus auch die Bereitschaft zu Respekt und Solidarität verankert. Deshalb darf die Debatte in Deutschland um die Begrenzung der Finanzkrise nicht auf nationale Interessen beschränkt werden. Sie muss sich einem weiteren Horizont öffnen und die Verantwortung Deutschlands als einer starken Wirtschaftsnation in der EU berücksichtigen.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die politische Gestaltung dieser Forderungen der EKD noch immer aussteht. Deshalb werden hierzu einige Sozialethische Grundsätze bekräftigt:

1. Die gemeinsame europäische Währung hat in den letzten zwölf Jahren das Zusammenleben auch auf wirtschaftlichem Gebiet gefördert. Die jüngsten Entwicklungen haben jedoch grundlegende Schwachpunkte des bisherigen finanzpolitischen Regelwerkes der Euro-Zone offen gelegt und die wirtschaftlichen Konsequenzen dauerhaft

unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit zutage treten lassen. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise wurde sichtbar, dass die hohe Verschuldung vieler Länder in Verbindung mit einer mangelnden Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu einer intensiveren Gestaltung des Zusammenhaltes der EU nötigt, damit sie dauerhaft Bestand hat.

2. Die Finanzwirtschaft hat auch für unsere Gesellschaft eine dienende Funktion: Ihre Kernaufgabe ist es, den Geldverkehr für den Austausch von Gütern wahrzunehmen, Rücklagenbildungen zu organisieren und Geldmittel für Investitionen bereitzustellen. Die staatlichen Ordnungen haben die Aufgabe, dafür Rahmenbedingungen zu setzen, die Risiken den Verantwortlichen zuzuordnen und geordnete Finanzmärkte zu ermöglichen.

Nach der Bankenkrise von 2008 ist die Aufgabe noch immer nicht angepackt worden, für die Finanzmärkte einen verstärkten Ordnungsrahmen zu schaffen. Unzureichend geordnete Märkte aber erweisen sich erneut als ein zu großes Risiko für die gesamte Gesellschaft. Die EKD erneuert in diesem Zusammenhang daher ihren Vorschlag, eine Transaktionssteuer einzuführen.

3. An den Finanzmärkten konnten in den letzten Jahren exorbitante Gewinne

erzielt werden. Dabei wurden erhebliche Risiken in Kauf genommen. Es widerspricht dem Prinzip der Gerechtigkeit, wenn die Gewinne allein den Akteuren an den Finanzmärkten zugute kommen, die Risiken aber von der Gesellschaft insgesamt, und in der Gesellschaft auch noch von den Schwächsten getragen werden müssen.

Wenn das Geschehen an den Finanzmärkten Arbeitsplätze und soziale Sicherheit gefährdet, wird das von den Menschen zu Recht als ungerecht und bedrohlich empfunden.

4. Derzeit wird die Leistungsfähigkeit der westlichen Staaten wesentlich durch die Besteuerung des in der Realwirtschaft erbrachten Mehrwertes ermöglicht. Es stellt sich die Frage, wie die an den Finanzmärkten erzielten Gewinne zur Leistungsfähigkeit der Staaten in angemessener Weise herangezogen werden können.

5. Ein funktionierendes Wirtschafts-

leben setzt Vertrauen zwischen den Wirtschaftspartnern und zwischen den Staaten voraus. Dieses Vertrauen konnte nach der letzten Finanzkrise neu aufgebaut werden, scheint aber gegenwärtig zu erodieren. Neben dem Rettungsschirm für den Finanzsektor und der Sicherung schwacher Staaten durch Rettungsschirme muss vor allem auch das Vertrauen der Bevölkerung in das Funktionieren der wirtschaftspolitischen Strukturen in Europa gestärkt werden. Dazu ist es nötig, über kurzfristige Instrumente hinaus eine langfristig wirkende gemeinsame politische Strategie zu entwickeln. Dafür tragen die in den Gremien der EU zusammenwirkenden Staaten die Verantwortung.

6. Politisches und wirtschaftliches Handeln muss an dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit orientiert sein. Schulden sind nur in dem Maße vertretbar, wie der entsprechende Schuldendienst die Leistungskraft einer Gesellschaft nicht überfordert. Die bestehenden Schulden sind in einer Weise abzubauen, die eine Rezession mit ihren Folgen für breite Bevölkerungsschichten vermeidet, und Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen ermöglicht.

7. Wirtschaftliches Handeln hat sein höchstes Ziel darin, möglichst allen Menschen ein für ihr Leben ausreichendes Maß an Gütern und Dienstleistungen bereitzustellen. Die Maximierung von Gewinnen muss dahinter zurücktreten.

In der sozialen Marktwirtschaft hat die Politik den Auftrag, Rahmenbedingungen zu setzen, die diese Zielsetzung stützen. Das gilt nicht nur für die Realwirtschaft, sondern auch für die Finanzwirtschaft.

In Wirtschaftskrisen ist besonders darauf zu achten, dass nicht die Schwächsten am härtesten betroffen werden. Es ist nicht nur Ausdruck sozialer Gerechtigkeit, sondern es muss auch zur Ehre der Vermögenden gehören, dass sie hier einen größeren Beitrag zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes leisten.

Es gilt insbesondere hier: ?Was nicht im Dienst steht, steht im Raub.? (Martin Luther in einer Predigt über Lukas 19, 29-34 im Jahre 1523).

EKD Presse Mawick/Schneider

Was spricht für den EURO...

Duisburg: Lutherkirche
Zu einem Info-Tag hatte der Bezirksverband der EAB (Evangelische Arbeitnehmerbewegung) Bezirksverband Rechter Niederrhein am Samstag, 15. Oktober 2011, in die Lutherkirche nach Duisburg-Obermarxloh eingeladen.

Hans Dieter Palapys vom gastgebenden Verein, EAB- Obermarxloh, begrüßte die rund 40 TeilnehmerInnen und die beiden Referenten des Vormittags recht herzlich und wies darauf hin, dass es gar nicht einfach gewesen ist, für das Thema "Was spricht für den Euro!!" Referenten zu finden, die bereit waren, Stellung zu beziehen. Genau so schwierig ist es für mich, kurz und knapp wiederzugeben, wie dieser Info-Tag abgelaufen ist. Deshalb nachfolgend einige Punkte, die mir in den Ausführungen wichtig erschienen, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit.

In seiner theologischen Einleitung stellte Pfarrer Hans-Peter Lauer fest, dass es im Buch der Bücher wohl keine Aussagen zum Euro geben kann. Aber in seiner berühmten Bergpredigt weißt Jesus darauf hin, wie wichtig es ist nicht auf Sand, sondern auf Fels zu bauen. Matthäus 7,24 „Wer diese meine Worte hört, ist wie ein kluger Mann, der sein Haus auf Fels baute.“ Bei schönem Wetter ist es gleich, aber bei schlechtem Wetter zeigt es sich, wie wichtig es ist, wenn man auf Fels gebaut hat. Und auch bei dem Schätze sammeln ist es ein Trugschluss, auf endlose Vermehrung zu hoffen. Geld sammeln, dass nicht allen dient ist wie auf Sand bauen, jedoch Geld sammeln, dass allen dient ist wie auf Fels bauen. Matthäus 6,19 „Sammelt euch nicht Schätze hier auf Erden ...“, Wie heißt es in dem bekannten Kirchenlied „Wer nur den lieben Gott lässt walten!“, „Wer Gott, dem Allerhöchsten, traut, der hat auf keinen Sand gebaut.“ Ersetzt man beim Titel des Liedes Gott durch das Wort



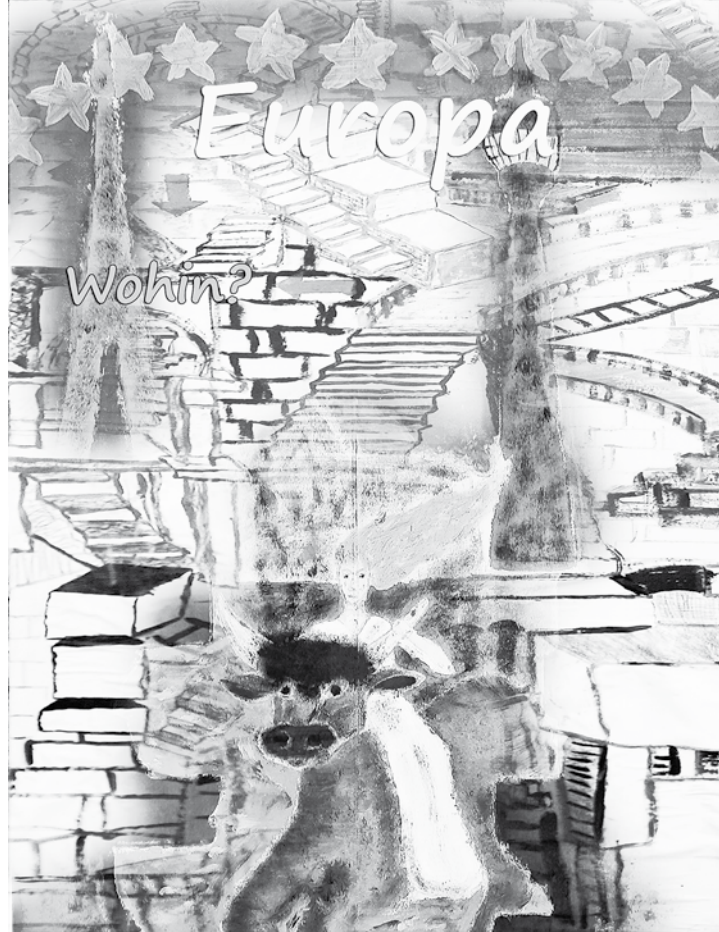
Markt erkennt man nach der Bankenkrise, dass man sich wohl hat Sand in die Augen streuen lassen.

In seinem Kurzreferat über die historische Entwicklung des Euros griff Herr Joachim Hasley von der KD-Bank auf eine Aussage der theologischen Einleitung zurück und erläuterte, warum man bei der Abfassung des Maastrichter Vertrags zur Schaffung eines Europäischen Binnenmarkts und mit der Einführung der gemeinschaftlichen Währung „Euro“ daran glaubte, auf Fels gebaut zu haben. „Wir werden stabiles Geld für Europa schaffen!“ war eine der

„Bist du noch zu retten?“

Kernaussagen und mit der Gründung der EZB glaubte man den Fels gefunden zu haben, frei von Weisungen der Politik und dem Verbot des Ausgleichs von Staatsdefiziten. Und ausgerechnet Deutschland war das Land, welches gegen eine der Mitmachregeln (z.B. nur 3% Neuverschuldung) verstieß. Und damals gab es dann auch keine Bestrafungen, wie jetzt für Griechenland gefordert. Es war wohl ein Fehler, weiterhin auf Eigenstaatlichkeit im Finanzbereich zu bestehen, anstatt ein gemeinsames Finanzministerium ins Auge zu fassen. Der Euro sollte wohl auf Fels gebaut werden, ob er noch darauf steht, wird die Diskussion zeigen.

Herr Dietmar Croes von der Stadtsparkasse Duisburg (Bereich Private Banking) referierte anschließend über die aktuelle Bewertung des Euros in der derzeitigen Krise. Seine Kernaussage war, dass vieles für den Euro spricht und zur aktuellen Diskussion um den Rettungsschirm brachte er eine Zahl ins Spiel. Der Aufbau Ost hat uns 2 Billionen Euro gekostet und wir sind daran nicht gescheitert. Für die derzeitige Krise gibt es viele Gründe: Bei der Aufnahme neuer Staaten wurden die Kriterien nicht so ernst genommen.



Bei Verstößen gibt es keine fühlbaren Konsequenzen. Ratschläge geben ist für sogenannte Experten leicht, aber Entscheidungen als Mandatsträger fällen und die Konsequenzen tragen ist schwer. Für die Banken gibt es keine einheitlichen Regelungen (seit 2008 gibt es z.B. für die Empfehlung an Privatkunden feste Regulierungen, für Investmentbanken nicht). Und eines darf man nicht aus dem Auge verlieren: Es gibt keine schnellen Lösungen – man muss in anderen Zeiträumen denken. Die Abwicklung von Bankenpleiten dauert lang, die Abwicklung von Staatspleiten würde noch länger dauern.

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Herrn Pfr. Hans-Peter Lauer wurden die Aussagen der beiden Statements hinterfragt und Fragen aus dem Plenum beantwortet. Dazwischen Einspielungen von Aussagen bekannter Politiker und Wissenschaftler (von Hans Dieter Palapys aus dem Internet zusammengestellt), die zusätzliche Impulse für die Diskussion brachten.

„Was spricht für den Euro!! Bist du noch zu retten???“ standen als Aussage und Frage über diesem Vormittag. Eine abschließende Antwort habe ich nicht gefunden, aber interessante Informationen und Denkanstöße bekommen. Zum Schluss noch eine Aussage eines der Podiumsteilnehmer: „In China gibt es nur ein Zeichen für Risiko und Chance“.

Friedel Hoffmann

Die afa-Vollversammlung 2011 stand unter dem Motto:

„Aus der Krise lernen – Neue Partnerschaften für die Arbeitswelt“.

In der Veste Coburg wurden die Spuren Martin Luthers eindrucksvoll bei einer Besichtigung dargestellt.

Als Brücke zwischen Kirche und Arbeitswelt hat Bayerns DGB-Chef Matthias Jena die Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (afa) gewürdigt.

„Wir brauchen einen selbstbewussten Sozialstaat, der allen Bewohnern die gleichen Lebens- und Bildungschancen bietet, nicht einen Reparaturbetrieb.“



afa-Vollversammlung: Edeltraud Glänzer, Hauptvorstandsmitglied der IG BCE und Ratsmitglied der EKD, hielt das Hauptreferat: „Gewerkschaften und Kirche sollen und müssen eine neue Partnerschaft in der Arbeitswelt wagen.“ Soziale Gerechtigkeit und gleiche Bildungschancen, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, sind die Voraussetzung um ein Defizit an Fairness und Gerechtigkeit in den Betrieben herzustellen.

In den Anträgen wurden die Themen:

- „Leiharbeit“,
- „Einführung eines branchenunabhängigen Mindestlohnes in Deutschland“,
- „Einführung einer Finanztransaktionssteuer“,
- „Wiedereinführung der Vermögenssteuer“,
- „Fragen von Hartz IV und den Sozialversicherungssystemen“,
- „Behindertenhilfe“ und
- „Sonntags- und Feiertagsschutz“

behandelt.

Die afa wird zudem auch dem „Bayerischen Bündnis für Toleranz - Demokratie und Menschenwürde schützen“ beitreten, vorzugsweise mit dem Kooperationspartner KAB gemeinsam. In einem Initiativantrag wurde auch die Ausbildung und Bezahlung von neuen Sozialsekretären angesprochen.



afa-Vollversammlung: Regionalbischöfin Dorothea Greiner stellte die afa im mit der Ortsgemeinde gemeinsam durchgeführten Abschlussgottesdienst als christlich motivierte Gemeinschaft heraus, die den religiösen Glauben mit der politischen Solidarität verbindet.

In seinem Schlusswort hob der afa-Landesvorsitzende noch einmal die gute Zusammenarbeit mit EKD, ELKB, kda, EAG, BVEA, DGB, KAB und ACA hervor.

Nur gemeinsam könne man im ökumenischen Gedanken etwas für die Menschen erreichen.

Die nächste Vollversammlung findet vom 15. – 17. März 2013 in Tutzing statt.

Sie stellt gleichzeitig auch den Rahmen für das 60-jährige Gründungsjubiläum der afa dar.

Nach dem Wechsel des bisherigen afa-Landesgeschäftsführers Martin Becher stellte sich bald die Frage nach einem Nachfolger.

Die Suche nach einem neuen Geschäftsführer war nicht ganz einfach. Der afa-Landesvorstand hatte ein 3-köpfiges Team in die Gruppe zur Bewerberauswahl entsandt. In der ersten Runde der kda-internen Bewerbungen konnte kein Konsens zwischen kda und afa erzielt werden, so ging es in die innerkirchliche Ausschreibung. Hier wurden 2 Bewerber zu einem Vorstellungstermin nach Nürnberg eingeladen. Nach den Vorstellungsrunden ging es in die interne Beratung mit einer einstimmigen Entscheidung am Ende. Diese Entscheidung rief allerdings einige Verwunderung bei kda und MAV hervor.

Den afa-Delegierten stellte er sich im Rahmen der afa-Vollkonferenz in Schney vor:

Neuer afa - Landesgeschäftsführer

Klaus Hubert (47) ist seit 1. September 2011 neuer Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Bayern

und somit Nachfolger von Martin Becher, der bis März 2011 die hauptamtliche Geschäftsführung der afa-Bayern inne hatte.

Der Diakon, Krankenpfleger und Betriebswirt (VWA) stammt aus einer Arbeitnehmerfamilie aus der Industrieregion Nord-Ost-Bayerns. Solidarität und Eintreten für Gerechtigkeit und Teilhabe hat er, als Sohn eines ehrenamtlichen Vorsitzenden eines IG Baus-Steine Erden Ortskartells, mit auf seinem Lebensweg bekommen. Geprägt vom Engagement in der Evangelischen Jugendarbeit, Zivildienst und Ausbildung in der bayerischen Diakonie, war er 14 Jahre als examinierter Krankenpfleger tätig, insbesondere in der Anästhesie- und Intensivmedizin bei Erwachsenen und Kindern. Seit 2001 war er Referent für Personale Kommunikation und Besuchergruppenarbeit in der Öffentlichkeitsarbeit der Diakonie Neuendettelsau. Ein besonderer Arbeitsbereich war die Begleitung von jungen Menschen in der Berufsorientierung.



Bild; Sozialmeile in Nürnberg: Klaus Hubert

Die afa-Bayern hofft mit seiner Berufung wieder Kontakt zur jungen Generation zu bekommen. Für Klaus Hubert sind die sprachfähigen Menschen, geprägt mit unterschiedlichen Lebens-, Glaubens- und Arbeitserfahrungen - authentisch, unverwechselbar, schwer erarbeitet - der „Schatz, der afa“.

Sie könnten eine Brücke zwischen jung und alt sein: Menschen aus der afa-Arbeit engagieren sich als Begleiter/innen von jungen Menschen in der Berufsorientierung, zum Ausbildungsbeginn oder während der Ausbildung.



afa-Vollversammlung:
Der neue afa-Landesgeschäftsführer Klaus Hubert (Mitte) zwischen dem Landesvorsitzenden Bernhard Dausend (links) und dem kda-Leiter Johannes Rehm (rechts) auf der Veste Coburg.



Sozialmeile in Nürnberg:
Bild oben: Thomas Krämer



Bernhard Dausend produziert Zuckerwatte für die afa Sonntagsallianz in Ingolstadt

EAB NRW

Evangelische Arbeitnehmerbewegung in Nordrhein-Westfalen



Der neue afa-Landesgeschäftsführer Klaus Hubert mit Frau Tornow
„In meiner neuen Aufgabe möchte ich mich für eine tragfähige und vertrauenswürdige Brücke zwischen Kirche und Arbeitswelt einsetzen. Mein Engagement gilt einer zuzuhörenden, solidarischen und klaren Kirche, die Zeugnis gibt für die Menschen in der Arbeitswelt.“



Duisburg: Lutherkirche - Seminar EAB NRW zum Thema Euro - siehe Seite 19



Bild links: Dietmar Croes, Hans-Peter Lauer, Joachim Hasley

EAN Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Bilder vom Tag des Ehrenamtes in Berlin am 9. September 2011



afa-Vollversammlung: Matthias Jena, aktiver evangelischer Christ, rief dazu auf, Seelsorge in Betriebe und Verwaltungen zu tragen:
„Vielen Mächtigen ist es ein Dorn im Auge, wenn sich die Kirche der sozialen Nöte in Arbeitswelt und Gesellschaft annimmt!“



Bild oben: Claudia Feiling, Vorsitzende des Arbeitskreises Post mit Klaus Ahlert, Mitglied seit Januar 1962..



Bild links: Ingo Bielicki mit dem Jahresprogramm der Evangelischen Arbeitnehmerschaft Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EAN) e. V. in der Hand und eine Auslage der letzten BVEA-Rundschau Ausgaben vor sich liegend..

EAB NRW

EAB schließt Ausbildung zum Qualitätsmanagement-Beauftragten erfolgreich ab.

Das Bild zeigt die TeilnehmerInnen vor dem evangelischen Gemeinderaum an der Kurt-Schumacher-Straße in Dinslaken-Hiesfeld mit den Dozenten Dr. Jörg Ettelt (3. von links) der Unternehmensberatungs-Firma Optikum und Paul Jürgen Pfeiffer (rechts) von der evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe.



Für viele EAB-Mitglieder endete der letzte Schultag der EAB-NRW für den Bereich Rheinland im Rahmen des Qualitätsmanagement mit der Überreichung des Zertifikats als Qualitätsmanagement-Beauftragten (DIN EN ISO 9001:2008).

Für die EAB Hiesfeld hatten Helmut Herhammer (3. von links), Friedel Hoffmann (2. von links), Wolfgang Jaworski (4. von links) und Klaus-Werner Scholz (6. von rechts) an 58 UE teilgenommen und bei Befragungen in den Ortsvereinen der EAB des Bezirksverbands Rechter Niederrhein die erworbenen Befähigungen einsetzen und nachweisen können.

Nach der Qualifizierung der ReisebegleiterInnen für die Senioren- und Familienherholung und für generationsübergreifendes Reisen ein weiterer Schritt der EAB NRW auf dem Weg des QualitätsManagement, das mit der Verabschiedung eines Leitbildes der EAB NRW seinen Anfang genommen hatte.

Einsatz für den freien Sonntag

Die lokalen Bündnisse konzentrieren sich hauptsächlich auf die Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen. Dies kann uns nicht zufrieden stellen. Als eine der fünf Trägerorganisationen (KAB, KDA, Verdi, Betriebsseelsorge, BVEA) sind wir stark daran interessiert, den Gedanken des „Freien Sonntags“ weiter zu verbreiten. Mittlerweile gibt es Bündnisse in ganz Europa.

Der Einsatz für den freien Sonntag ist geprägt von den Gedanken an eine der gelungensten Schöpfungen Gottes den Menschen. In Umfragen bei den letzten beiden Kirchentagen gab es unzählige Menschen, die, erst als sie darauf angesprochen wurden, erkannten, was ihnen fehlt, wenn der Sonntag nicht frei ist:

- Zeit für Freunde
- Zeit für die Familie
- Der gemeinsame Gottesdienst
- Zeit für die seelische Erholung, um für die neue Woche gerüstet zu sein
- Ein geruhames Frühstück mit denen, die uns lieb und teuer sind
- Zeit für gemeinsame Freizeiten
- usw...

Allerdings gibt es auch genügend Menschen, die an den Sonntagen nicht frei haben, Ärzte, Rettungsdienste, Polizei, Feuerwehr; einige Industriebetriebe, die Gastronomie und nicht zu vergessen unsere Pfarrer. Doch müssen wir darauf achten, dass möglichst viele Menschen diesen freien Sonntag erleben können.

In diesem Sinne veranstalten die Bündnisse für den freien Sonntag viele Aktionen, in denen wir der Bevölkerung bewusst machen wollen, wie wichtig und notwendig diese seelische Erbauung für den Menschen ist. Wirtschaftliche Zwänge allein dürfen kein Grund sein die gesetzlichen Grundlagen auszuhöhlen.

In Bayern haben wir mittlerweile fast 50 regionale Allianzen und ständig werden es mehr.

So wurde beispielsweise am 1. Mai in München eine große Informationsveranstaltung durchgeführt, bei der sich auch der Landesbischof Dr. Johannes Friedrich und der DGB-Vorsitzende Bayerns, Matthias Jena, in einem unserer Liegestühle ablichten ließen. In Neuburg besitzt das regionale Bündnis 100 solcher Liegestühle. Die Erfahrung zeigt, dass diese Art von Aktion weitaus mehr Menschen aufmerksam macht, als die Verteilung von Informationsmaterial.

Der Liegestuhl lockt an, eine kurze Auszeit von der Alltagshektik zu nehmen und bietet Gelegenheit über die Problematik Sonntagsarbeit der zu plaudern.



Gerade der Zusammenhalt von kirchlichen und gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen verstärkt und ermöglicht erst die Erfolge dieser Aktionen. In einer Großstadt wie Ingolstadt mit über 100.000 Einwohnern gibt es keinen „verkaufsoffenen Sonntag“. Dies ist ein Erfolg der Ingolstädter Initiative. Allerdings wächst auch hier der politische Druck auf die Verwaltungsorgane, so dass Unterstützung im Umfeld und auf deutscher und europäischer Basis dringend notwendig scheint.

Eine Großveranstaltung ist rechtzeitig vor dem „internationalen Tag des Freien Sonntags“ (jeweils am 3. März) für den 15. Februar 2012 in Fulda geplant.

Auch dort werden bei der Veranstaltung der Bundesträgerorganisationen wieder die Liegestühle zum Einsatz kommen.

Bild unten: Landesbischof der ELKB Dr. Johannes Friedrich



Im Fokus

Unser Land kann mehr

als die Politiker glauben

Mehr Netto vom Brutto

der Niedrigstlöhne

Reichtum für Alle

und dann besteuern

Arbeit muss sich wieder lohnen

für den Arbeitgeber

Wir haben die Kraft

für Steuersenkungen auch ohne Geld

Aus der Krise hilft nur Grün

Petersilie für Alle

Johann Wolfgang von Goethe:

“Und wer franzet oder britet, italienert oder teutschet,
einer will nur wie der andre, was die Eigenliebe heischet”.